

Anordnung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Neuartiges Coronavirus „SARS-CoV-2“

Das Landratsamt Esslingen erlässt im Wege seiner Eilzuständigkeit nach § 16 Abs. 7 in Verbindung mit § 28 Abs. 3 Infektionsschutzgesetz (IfSG) für alle Städte und Gemeinden im Landkreis Esslingen folgende

Allgemeinverfügung

über die häusliche Absonderung von Personen, die mit dem neuartigen Coronavirus (Erkrankung COVID-19; Virusname SARS-CoV-2) infiziert sind und deren Kontaktpersonen zur Eindämmung und zum Schutz vor der Verbreitung des Coronavirus:

I. Verfügung gegenüber Personen, die mit dem neuartigen Coronavirus infiziert sind

1. Personen, die positiv auf das Virus SARS-CoV-2 getestet wurden oder nach ärztlichem Urteil an Covid-19 erkrankt sind, müssen sich sofort absondern. Die Absonderung (Quarantäne) kann je nach aktuellem Gesundheitszustand in einer Behandlungseinrichtung oder in der eigenen Häuslichkeit erfolgen.
2. Die Quarantäne gilt ab Auftreten der Symptome, bei Krankheitsverläufen ohne erkennbare Symptome ab Durchführung des Abstrichs. Über die Dauer der Absonderung entscheidet das Gesundheitsamt auf Grundlage der jeweils aktuellen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts.
3. Es ist den in Ziffer 1 genannten Personen während der Dauer der Quarantäne untersagt, den zugewiesenen Quarantäneort ohne ausdrückliche Zustimmung

des Gesundheitsamtes zu verlassen. Ferner ist es den in Ziffer 1 genannten Personen in dieser Zeit untersagt, ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes Besuch von anderen Personen zu empfangen oder andere, nicht Ihrem Haushalt angehörende Personen in Ihrem Haushalt zu beherbergen soweit dies nicht im Rahmen Ihrer medizinischen oder pflegerischen Versorgung zwingend erforderlich ist und dementsprechend unter geeigneten Schutzmaßnahmen (persönliche Schutzausrüstung) stattfinden kann oder im Rahmen von Rettungsmaßnahmen erfolgt.

4. Die in Ziffer 1 genannten Personen haben sämtliche ihnen bekannten anderen Personen, zu denen sie innerhalb ihrer ansteckungsfähigen Phase Kontakt hatten, unverzüglich darüber zu informieren, dass sie selbst infiziert sind und den Erreger auf die Kontaktpersonen übertragen haben könnten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ansteckungsfähigkeit bereits 48 Stunden vor Auftreten der ersten Symptome beginnt. Bei infizierten Personen, die keine Symptome haben, muss ersatzweise davon ausgegangen werden, dass eine Ansteckungsfähigkeit bereits 48 Stunden vor Durchführung des Tests bestanden hat. Sollten im Zeitraum der Ansteckungsfähigkeit Kontakte am Arbeitsplatz erfolgt sein, ist auch der Arbeitgeber zu informieren.

Als in diesem Zusammenhang relevante Kontakte gelten die vom Robert Koch-Institut beschriebenen **engen Kontakte** der „**Kategorie I**“ (mit höherem Infektionsrisiko) und die **weitläufigeren Kontakte** der „**Kategorie II**“ (mit geringerem Infektionsrisiko).

Kontakte der Kategorie I sind:

Ein oder mehrere direkte Gespräche, die zusammengerechnet mindestens 15 Minuten gedauert haben und auf kurze Entfernung (<2 Meter) geführt wurden (sog. Gesichts- oder „face-to-face“-Kontakte), wie sie z. B. im Rahmen einer Lebens- oder Wohngemeinschaft regelmäßig vorkommen, und der direkte Kontakt zu Sekreten oder Körperflüssigkeiten des Infizierten (Küssen, direktes Anhusten oder Anniesen).

Kontakte der Kategorie II sind:

Direkte Gespräche mit insgesamt weniger als 15 Minuten Gesamtdauer und Gesichts-Kontakt („face-to-face“) oder ein Aufenthalt im selben Raum (z. B. Klassenzimmer etc.) aber **ohne** direkten Kontakt zu Sekreten oder Körperflüssigkeiten des Infizierten.

Im Hinblick auf Kontakte, bei denen der Infizierte und/oder sein Gegenüber Schutzausrüstung getragen haben (z. B. Mund-Nasen-Schutz) gelten insbesondere im medizinischen Bereich die diesbezüglichen speziellen Regelungen des Robert Koch-Instituts.

Ferner sind die in Ziffer 1 genannten Personen verpflichtet, ihre Kontaktpersonen auf folgende Verhaltensregeln hinzuweisen und ggf. darauf aufmerksam zu machen, dass sie als Kontaktpersonen der Kategorie I diese Allgemeinverfügung (insbesondere Ziffer II.) zu beachten haben.

5. Kontaktpersonen der Kategorie I müssen:

sich nach Rücksprache mit ihrem Arbeitgeber ebenfalls häuslich absondern; eine zeitliche und räumliche Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern anstreben; innerhalb des Haushalts die gängigen Hygieneregeln besonders bewusst einhalten (siehe Hinweise); bis zum 14. Tag nach dem letzten Kontakt zum Infizierten 2x täglich die Körpertemperatur messen, auf Krankheitssymptome achten und hierüber ein Tagebuch führen, bei Auftreten von Symptomen, die auf eine Infektion mit SARS-CoV-2 hindeuten könnten, unverzüglich telefonisch den Hausarzt oder den hausärztlichen Notfalldienst (116 117) kontaktieren.

Kontaktpersonen der Kategorie II sollen:

Kontakte zu Dritten im privaten Bereich und - nach Rücksprache mit dem Arbeitgeber – auch im beruflichen Bereich so weit wie möglich reduzieren; die

gängigen Hygieneregeln besonders bewusst einhalten (siehe Hinweise); bis zum 14. Tag nach dem letzten Kontakt zum Infizierten auf Krankheitssymptome achten und hierüber ein Tagebuch führen; bei Auftreten von Symptomen, die auf eine Infektion mit SARS-CoV-2 hindeuten könnten, unverzüglich telefonisch den Hausarzt oder den hausärztlichen Notfalldienst (116 117) kontaktieren. Eine häusliche Absonderung wie bei Kategorie I-Kontakten ist nicht erforderlich.

5. Die in Ziffer 1 genannten Personen haben eine Liste über ihre Kontaktpersonen zu erstellen und dabei alle Personen zu benennen, mit denen sie im Zeitraum von 48 Stunden vor Auftritt der Symptome bis zum Zeitpunkt der häuslichen Absonderung **engen Kontakt (Kategorie I** mit höherem Infektionsrisiko gemäß Ziffer 4) hatten. Sollten keine Symptome vorliegen, so gilt der Zeitraum ab 48 Stunden vor Durchführung des Abstrichs. Die Liste mit Kontaktpersonen muss grundsätzlich Name, Vorname, Anschrift der Kontaktpersonen und den Zeitpunkt des letzten Kontakts enthalten. Ferner ist anzugeben, wie diese Kontaktpersonen (insbesondere telefonisch oder per E-Mail) erreicht werden können. Wenn möglich, ist hierfür die als ausfüllbare PDF-Datei auf der Homepage des Gesundheitsamtes Esslingen hinterlegte und unter www.landkreis-esslingen.de abrufbare Liste zu verwenden.
6. Die in Ziffer 1 genannten Personen haben die Kontaktpersonenliste unverzüglich dem Gesundheitsamt des Landratsamts Esslingen (vorzugsweise an die E-Mail-Adresse gesundheitsamt@lra-es.de) zu übermitteln.
7. Für die Zeit der Absonderung unterliegen die in Ziffer 1 genannten Personen der Beobachtung durch das Gesundheitsamt Esslingen. Sie haben Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial durch die Beauftragten des Gesundheitsamtes und – im Falle der Unterbringung in einer Behandlungseinrichtung - des vom Gesundheitsamt beauftragten dortigen Personals an sich vornehmen zu lassen, insbesondere erforderliche äußerliche Untersu-

chungen, Abstriche von Haut und Schleimhäuten, Blutentnahmen und Röntgenuntersuchungen, sowie das erforderliche Untersuchungsmaterial auf Verlangen bereitzustellen. Anordnungen des Gesundheitsamtes haben sie Folge zu leisten. Die in Ziffer 1 genannten Personen können durch das Gesundheitsamt vorgeladen werden. Ferner sind sie verpflichtet, den Mitarbeitern des Gesundheitsamtes oder den Beauftragten des Gesundheitsamtes zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zu Ihrer Wohnung zu gestatten und ihnen auf Verlangen über alle Ihren Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben.

8. Bis zum Ende der Absonderung müssen unter Ziffer 1 genannte Personen:
 - a. zweimal täglich ihre Körpertemperatur messen;
 - b. täglich ein Tagebuch zu Symptomen und Körpertemperatur führen, welches dem Gesundheitsamt auf Verlangen, insbesondere zum Zweck der Feststellung des Quarantäneendes, vorzulegen ist.
9. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tage nach der Veröffentlichung als bekannt gegeben.

II. Verfügung gegenüber Personen, die als Kontaktpersonen der Kategorie I einzustufen sind

1. Personen, die vom Gesundheitsamt darüber informiert wurden, dass Sie Kontaktpersonen der **Kategorie I** (entsprechend Ziffer 4 der Verfügung I) von mit SARS-CoV-2 infizierten oder an Covid-19 erkrankten Personen sind, müssen sich ab diesem Zeitpunkt in ihrer Wohnung für die Dauer von 14 Tagen, gerechnet ab dem Tag des letzten Kontakts mit der infizierten Person, häuslich absondern. Dies gilt nicht, wenn vor Ablauf der 14 Tage Symptome auftreten, die auf eine COVID-19-Erkrankung hinweisen. In diesem Fall gilt nach labordiagnostischer Absicherung oder einer nach ärztlichem Urteil nun bestehenden

Erkrankung an Covid-19 die häusliche Absonderung weiter fort und die Verfügung I tritt an die Stelle der Verfügung II.

2. Es ist den unter Ziffer 1 genannten Personen während der häuslichen Absonderung untersagt, ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes zu verlassen. Ferner ist den unter Ziffer 1 genannten Personen in dieser Zeit untersagt, Besuch von Personen zu empfangen, die nicht dem jeweiligen Haushalt angehören oder andere, nicht Ihrem Haushalt angehörende Personen in Ihrem Haushalt zu beherbergen soweit dies nicht im Rahmen Ihrer medizinischen oder pflegerischen Versorgung zwingend erforderlich ist und dementsprechend unter geeigneten Schutzmaßnahmen (persönliche Schutzausrüstung) stattfinden kann oder im Rahmen von Rettungsmaßnahmen erfolgt.
3. Sollten Sie im Bereich der kritischen medizinischen Infrastruktur arbeiten und in diesem Bereich nachgewiesenermaßen eine Notlage bestehen, besprechen Sie bitte mit Ihrem Arbeitgeber, ob für die Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur Ihre Tätigkeit fortgesetzt werden muss. In diesen Fällen stimmt das Gesundheitsamt für die Dauer der Arbeitszeit inkl. Hin- und Rückfahrt vom Wohnort zum Arbeitsplatz einer Ausnahme der Quarantäne zu, sofern keine COVID-19-typischen Symptome vorliegen und keine öffentlichen Verkehrsmittel genutzt werden.
4. Für die Zeit der häuslichen Absonderung unterliegen die unter Ziffer 1 genannten Personen der Beobachtung durch das Gesundheitsamt gem. § 29 IfSG. Danach haben sie Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial durch die Beauftragten des Gesundheitsamtes an sich vornehmen zu lassen, insbesondere erforderliche äußerliche Untersuchungen, Abstriche von Haut und Schleimhäuten, Blutentnahmen und Röntgenuntersuchungen, sowie das erforderliche Untersuchungsmaterial auf Verlangen bereitzustellen. Anordnungen des Gesundheitsamtes haben sie Folge zu leisten. Unter Ziffer 1 ge-

nannte Personen können durch das Gesundheitsamt vorgeladen werden. Ferner sind unter Ziffer 1 genannte Personen verpflichtet, den Beauftragten des Gesundheitsamtes zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zu ihrer Wohnung zu gestatten und auf Verlangen ihnen über alle ihren Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben.

5. Bis zum Ende der Absonderung müssen unter Ziffer 1 genannte Personen:
 - a. zweimal täglich ihre Körpertemperatur messen;
 - b. täglich ein Tagebuch zu Symptomen und Körpertemperatur führen, welches dem Gesundheitsamt auf Verlangen vorzulegen ist;
 - c. Kontakte zu weiteren Personen protokollieren, die im Laufe der Quarantänezeit stattgefunden haben, z. B. zu ambulanten Pflegediensten.

6. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tage nach der Veröffentlichung als bekannt gegeben.

Sachverhalt:

Am 03.03.2020 wurde erstmals bei einer Person im Landkreis Esslingen das neuartige Corona-Virus (SARS CoV-2) nachgewiesen, das zur Erkrankung COVID-19 führen kann. Seitdem sind die Fallzahlen im Landkreis Esslingen stark angestiegen. Der Landkreis gehört zu den am stärksten betroffenen Gebieten des Landes. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Erkrankten weiterhin stark ansteigen wird.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) als konzeptionierende Stelle im Sinne von § 4 des IfSG empfiehlt als geeignete Gegenmaßnahmen zuvorderst die Einhaltung geeigneter Hygienemaßnahmen, Kontaktreduktion und den Schutz besonders vulnerabler Personengruppen (vor allem ältere oder vorerkrankte Personen). Auf Grund der vorliegen-

den epidemiologischen Zusammenhänge steht zu vermuten, dass die weitere Ausbreitung des Virus im Landkreis Esslingen hauptsächlich durch Kontaktpersonen zu bestätigten Fällen zu Stande kommt.

Das RKI gibt derzeit als hauptsächlichlichen Übertragungsweg des Virus SARS CoV-2 die Tröpfcheninfektion an. Auch Schmierinfektionen sind möglich. Die Inkubationszeit des Virus beträgt laut RKI 14 Tage. Es ist nach den vorliegenden Erkenntnissen möglich, dass Personen das Virus in sich tragen und bereits ausscheiden (die Personen also infektiös sind), noch bevor erste Symptome auftreten.

Die epidemiologische Lage wurde vom RKI bewertet. Ausgehend davon hat das RKI Gebiete mit einem besonders hohen Infektionsrisiko ausgewiesen (Risikogebiete) und darüber hinaus Gebiete genannt, die von der Ausbreitung des Virus besonders betroffen sind und in welchen deshalb ein deutlich erhöhtes Infektionsrisiko besteht (besonders betroffene Regionen).

Das RKI geht von einem höheren Infektionsrisiko aus bei

- Personen mit kumulativ mindestens 15-minütigem Gesichts- („face-to-face“) Kontakt, z.B. im Rahmen eines Gesprächs. Dazu gehören z.B. Personen aus Lebensgemeinschaften im selben Haushalt.
- Personen mit direktem Kontakt zu Sekreten oder Körperflüssigkeiten, insbesondere zu respiratorischen Sekreten eines bestätigten COVID-19-Falls, wie z.B. Küssen, Kontakt zu Erbrochenem, Mund-zu-Mund Beatmung, Anhusten, Anniesen, etc.
- Medizinischem Personal mit Kontakt zum bestätigten COVID-19-Fall im Rahmen von Pflege oder medizinischer Untersuchung ($\leq 2\text{m}$), ohne verwendete Schutzausrüstung.

Die bisher bekannten Krankheitsverläufe lassen darauf schließen, dass insbesondere immungeschwächte Patienten und Patientinnen ab einem Lebensalter von 60 Jahren

besonders von schweren und zum Teil tödlichen Verläufen der Krankheit betroffen sind, während bei vormals gesunden Personen teilweise nur milde oder gar symptomlose Verläufe auftreten.

Es gibt daher Fälle, in welchen die betreffende Person (insbesondere bei Kindern) mangels Symptomen keine Kenntnis von ihrer Erkrankung hat. Um die Verbreitung der Infektionskrankheit wirkungsvoll zu verhindern, muss das Ansteckungsrisiko daher möglichst minimiert werden. Andernfalls droht die Gefahr, dass die Strukturen der Gesundheitsversorgung durch den gleichzeitigen starken Anstieg an Patienten mit ähnlichem Behandlungsbedarf überlastet werden. Eine solche Überlastung muss dringend vermieden werden.

Begründung:

Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse ist der Anwendungsbereich des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) eröffnet. Das Virus SARS CoV- 2 hat sich im Landkreis Esslingen bereits verbreitet.

Die Allgemeinverfügung ergeht auf Grundlage von § 28 Abs. 1 in Verbindung mit § 29 Abs. 1 und § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG.

Danach trifft die zuständige Behörde gegenüber Ansteckungsverdächtigen die notwendigen, insbesondere die in den §§ 29 – 31 IfSG genannten Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Die Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Grundgesetz), der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG) und die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Grundgesetz) können insoweit eingeschränkt werden.

Zuständige Behörde für eine solche Anordnung ist zwar grundsätzlich die Ortspolizeibehörde nach § 1 Abs. 6 Satz 1 Verordnung des Sozialministeriums über Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSGZustVO). Allerdings besteht Gefahr im

Verzuge, sodass das Gesundheitsamt Esslingen die Anordnung selbst erlassen kann. Wegen der schnell fortschreitenden Ausbreitung des Virus im Landkreis Esslingen ist Eile geboten und ein sofortiges Tätigwerden erforderlich. Auf Grund der verschiedenen örtlichen Bekanntmachungssatzungen der ansonsten zuständigen Ortspolizeibehörden im Landkreis Esslingen wäre eine durch die Ortspolizeibehörden erlassene Allgemeinverfügung für deren jeweiligen Zuständigkeitsbereich frühestens in einigen Tagen wirksam. Dies würde dazu führen, dass im Landkreis unterschiedliche Rechtsstände vorherrschen und zudem ein nicht hinnehmbarer Zeitverzug entsteht.

Eine vorherige Anhörung war nach § 28 Abs. 2 Nr. 4 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) nicht erforderlich.

Die Anordnung einer Maßnahme nach § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG steht im pflichtgemäßem Ermessen der zuständigen Behörde.

Aufgrund der sich dynamisch entwickelnden Lage bei COVID-19 Erkrankungen sieht das Gesundheitsamt Esslingen die Notwendigkeit, weitergehende kontaktreduzierende Maßnahmen zur Beeinflussung der Ausbreitungsdynamik zu ergreifen, auch um besonders vulnerable Gruppen zu schützen.

Aufgrund des vorherrschenden Übertragungswegs (Tröpfcheninfektion) ist eine Übertragung von Mensch zu Mensch, z.B. durch Husten, Niesen, auch durch mild erkrankte oder asymptomatisch infizierte Personen leicht möglich.

Es ist aufgrund der Verbreitung im Landkreis Esslingen anzunehmen, dass Tatsachen vorliegen, die zum vermehrten Auftreten von übertragbaren Krankheiten führen können. Insbesondere bei Reiserückkehrenden aus den vom RKI genannten Risikogebieten oder besonders betroffenen Regionen oder bei Personen, die relevanten Kontakt zu einer bestätigt an COVID-19 erkrankten Person hatten, ist auf Grund der vorliegenden Erkenntnisse anzunehmen, dass diese das Virus in sich aufgenommen haben und somit ansteckungsverdächtig sind.

Für die Anforderungen an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung gilt dabei kein strikter, alle möglichen Fälle gleichermaßen erfassender Maßstab. Vielmehr ist der geltende Grundsatz heranzuziehen, dass an die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts umso geringere Anforderungen zu stellen sind, je größer und folgenschwerer der möglicherweise eintretende Schaden ist (vgl. BGH, Urteil v. 22.03.2012, Az. 3 C 16/11).

Aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger wegen seiner hohen Übertragbarkeit und der Zahl der schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufe für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und weltweit ausgeht, sind an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung eher geringe Anforderungen zu stellen.

Zudem hat sich in den letzten Tagen die Anzahl der Infizierten im Landkreis Esslingen und im Land Baden-Württemberg deutlich erhöht. Es kommen täglich neue Infektionen hinzu. Es besteht somit nicht mehr nur die Gefahr einer Ansteckung durch Personen aus den Risikogebieten, vielmehr liegt jetzt ein erhöhtes regionales Risiko vor, sich mit dem SARS-CoV-2 Virus zu infizieren. Darüber hinaus handelt es sich hier um ein leicht übertragbares Virus. Ein direkter Kontakt von Infizierten oder von Ansteckungsverdächtigen mit anderen Personen ist daher unbedingt zu vermeiden.

Durch die Absonderung von Infizierten und engen Kontaktpersonen sollen die Infektionsketten verlangsamt und möglichst unterbrochen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass nur eine möglichst geringe Anzahl weiterer Menschen infiziert wird oder als ansteckungsverdächtig eingestuft werden muss.

Die Gefahr der Virusverbreitung besteht bei engen Kontaktpersonen in besonderem Maße. Die Absonderung dieser Personen ist geeignet, erforderlich und angemessen, um die Gesundheit der Bevölkerung im Landkreis zu schützen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich für Infizierte aus den derzeitigen Erkenntnissen zur Dauer und Intensität der Virus-Ausscheidung und aus den derzeitigen Erkenntnissen zur Länge der ansteckungsfähigen Periode.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich für Kontaktpersonen I aus dem Inkubationszeitraum in Verbindung mit dem Zeitpunkt des letzten engen Kontakts zum Infizierten in dessen ansteckungsfähiger Periode. Die sich aus der Absonderung ergebenden Einschränkungen stehen nicht außer Verhältnis zu dem Ziel, eine Weiterverbreitung dieses Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern.

Das Gemeinwohl der menschlichen Gesundheit spricht dafür, dass das private Interesse der von dieser Allgemeinverfügung Betroffenen zurücktreten muss. Dieses Allgemeinwohl wird auch vom Gesetzgeber als derart wichtig erachtet, dass es das Infektionsschutzgesetz erlaubt, bestimmte Grundrechte einzuschränken.

Die häusliche Absonderung bzw. die Absonderung in einer Behandlungseinrichtung steht in ihrer Wirkung auch nicht außer Verhältnis zum beabsichtigten Schutzzweck, der Verhinderung von Schäden an dem Rechtsgut der körperlichen Unversehrtheit.

Die angeordnete Beobachtung nach § 29 Abs. 1 IfSG ist die am wenigsten einschneidende der möglichen Schutzmaßnahmen. Sie dient dazu, Fortgang und Entwicklung der Krankheit im Sinne des Infektionsschutzes zu überwachen und weitere Ansteckungen zu vermeiden. Die Beobachtung ist regelmäßig gleichzeitig neben anderen Schutzmaßnahmen wie beispielsweise einer Absonderung erforderlich, um entscheiden zu können, ob es die Entwicklung erfordert, die Schutzmaßnahmen zu ändern.

Nach den bisherigen Erfahrungen des Gesundheitsamtes hinsichtlich infizierter Personen in häuslicher Absonderung ist das Messen der Körpertemperatur und die Führung eines Tagebuchs über die bestehenden Symptome erforderlich, um den Krankheitsverlauf zu überwachen und das Ende der Quarantänezeit entsprechend den Kriterien des RKI bestimmen zu können. Bei Ansteckungsverdächtigen dient diese Verpflichtung der frühzeitigen Erkennung eines Erkrankungseintritts durch den Betroffenen selbst (Eigenschutz) sowie der Änderung bzw. Verlängerung der Quarantänebestimmungen bei Auftritt der Erkrankung.

Insgesamt sind die Anordnung der häuslichen Absonderung bzw. der Absonderung in einer Behandlungseinrichtung und die weiteren angeordneten Maßnahmen nach §§ 28 Abs. 1, 29, 30 Abs. 1 S. 2 IfSG in Form einer Allgemeinverfügung aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger aufgrund seiner recht hohen Übertragbarkeit und der häufig schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufe für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und weltweit ausgeht, und insbesondere angesichts der stark steigenden Fallzahlen im Landkreis Esslingen vorliegend geboten. Daher sind die Maßnahmen nach entsprechender Abwägung der betroffenen Rechtsgüter verhältnismäßig.

Hinweise zu Hygieneregeln

Es sind folgende Hygieneregeln zu beachten:

Minimieren Sie soweit möglich die Kontakte zu anderen Personen.

Sofern Sie sich in häuslicher Quarantäne befinden, sollen Sie nach Möglichkeit eine zeitliche und räumliche Trennung von den anderen Haushaltsmitgliedern einhalten. Eine zeitliche Trennung kann z. B. dadurch erfolgen, dass die Mahlzeiten nicht gemeinsam, sondern nacheinander eingenommen werden. Eine räumliche Trennung kann z. B. dadurch erfolgen, dass Sie sich in einem anderen Raum als die anderen Haushaltsmitglieder aufhalten.

Halten Sie beim Husten und Niesen Abstand zu anderen und drehen Sie sich weg; halten Sie die Armbeuge vor Mund und Nase oder benutzen Sie ein Taschentuch, das sie sofort entsorgen. Waschen Sie sich regelmäßig die Hände gründlich mit Wasser und Seife und vermeiden Sie das Berühren von Augen, Nase und Mund.

Wir haben Sie darauf hinzuweisen, dass die Absonderung durch zwangsweise Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung erfolgen kann, sofern Sie den Ihre Absonderung betreffenden Regelungen in der Anordnung nicht nachkommen.

Falls Sie sich in häuslicher Quarantäne befinden und Symptome erkennbar sind oder sich Ihre Beschwerden verschlimmern sollten, rufen Sie unter Angaben Ihres positiven Befundes bzw. Ihres Status als Kontaktperson der Kategorie I bei Ihrem Hausarzt, beim notärztlichen Bereitschaftsdienst (116 117) oder bei einer lebensbedrohlichen Situation die 112 an.

Zu widerhandlungen

Nach § 75 Abs. 1 Nr. 1 IfSG wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer einer vollziehbaren Anordnung nach § 30 Abs. 1 IfSG zuwiderhandelt. Diese Allgemeinverfügung stellt mit ihrer Bekanntgabe eine solche vollziehbare Anordnung dar.

Im Falle einer Nichtbeachtung von den die Absonderung betreffenden Anordnungen erfolgt die Absonderung zwangsweise durch Unterbringung in einer geeigneten abgeschlossenen Einrichtung. Das Grundrecht der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG) kann insoweit eingeschränkt werden. Buch 7 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gilt entsprechend.

Im Falle der Nichtbeachtung der Anordnung dieser Allgemeinverfügung kann die zuständige Ortspolizeibehörde die Verfügung mit Mitteln des Verwaltungszwangs nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (LVwVG) durchsetzen. Hierzu kommen insbesondere die Androhung und Festsetzung von Zwangsgeldern sowie die Anwendung des unmittelbaren Zwangs in Betracht.

Weitere Hinweise

Diese Allgemeinverfügung stellt eine Maßnahme nach § 28 Abs. 1 IfSG dar und ist gemäß § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

Die vorliegende Allgemeinverfügung wurde als Eilmaßnahme bei Gefahr im Verzug an Stelle der zuständigen Ortspolizeibehörde erlassen. Wird diese Allgemeinverfügung nicht innerhalb von zwei Arbeitstagen nach der Unterrichtung der zuständigen Ortspolizeibehörde von dieser aufgehoben, so gilt sie als von der zuständigen Ortspolizeibehörde erlassen.

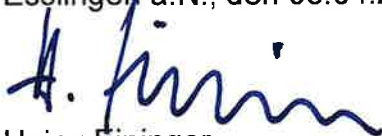
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der zuständigen Behörde erhoben werden. Zuständige Behörde ist

Für das Gebiet der Stadt/ Gemeinde	die	mit Sitz in
Aichtal	Stadtverwaltung Aichtal	Aichtal
Aichwald	Gemeindeverwaltung Aichwald	Aichwald
Altbach	Gemeindeverwaltung Altbach	Altbach
Altdorf	Gemeindeverwaltung Altdorf	Altdorf
Altenriet	Gemeindeverwaltung Altenriet	Altenriet
Baltmannsweiler	Gemeindeverwaltung Baltmannsweiler	Baltmannsweiler
Bempflingen	Gemeindeverwaltung Bempflingen	Bempflingen
Beuren	Gemeindeverwaltung Beuren	Beuren
Bissingen a.d.T.	Gemeindeverwaltung Bissingen a.d.T.	Bissingen a.d.T.
Deizisau	Gemeindeverwaltung Deizisau	Deizisau
Denkendorf	Gemeindeverwaltung Denkendorf	Denkendorf
Dettingen u.T.	Gemeindeverwaltung Dettingen u.T.	Dettingen u.T.
Erkenbrechtsweiler	Gemeindeverwaltung Erkenbrechtsweiler	Erkenbrechtsweiler
Esslingen a.N.	Stadtverwaltung Esslingen a.N.	Esslingen a.N.
Filderstadt	Stadtverwaltung Filderstadt	Filderstadt
Frickenhausen	Gemeindeverwaltung Frickenhausen	Frickenhausen
Großbettlingen	Gemeindeverwaltung Großbettlingen	Großbettlingen
Hochdorf	Gemeindeverwaltung Hochdorf	Hochdorf

Holzmaden	Gemeindeverwaltung Holzmaden	Holzmaden
Kirchheim u.T.	Stadtverwaltung Kirchheim u.T.	Kirchheim u.T.
Köngen	Gemeindeverwaltung Köngen	Köngen
Kohlberg	Gemeindeverwaltung Kohlberg	Kohlberg
Leinfelden-Echterdingen	Stadtverwaltung Leinfelden-Echterdingen	Leinfelden-Echterdingen
Lenningen	Gemeindeverwaltung Lenningen	Lenningen
Lichtenwald	Gemeindeverwaltung Lichtenwald	Lichtenwald
Neckartailfingen	Gemeindeverwaltung Neckartailfingen	Neckartailfingen
Neckartenzlingen	Gemeindeverwaltung Neckartenzlingen	Neckartenzlingen
Neidlingen	Gemeindeverwaltung Neidlingen	Neidlingen
Neuffen	Stadtverwaltung Neuffen	Neuffen
Neuhausen a.d.F.	Gemeindeverwaltung Neuhausen a.d.F.	Neuhausen a.d.F.
Notzingen	Gemeindeverwaltung Notzingen	Notzingen
Nürtingen	Stadtverwaltung Nürtingen	Nürtingen
Oberbohingen	Gemeindeverwaltung Oberbohingen	Oberbohingen
Ohmden	Gemeindeverwaltung Ohmden	Ohmden
Ostfildern	Stadtverwaltung Ostfildern	Ostfildern
Owen	Stadtverwaltung Owen	Owen
Plochingen	Stadtverwaltung Plochingen	Plochingen
Reichenbach a.d.F.	Gemeindeverwaltung Reichenbach a.d.F.	Reichenbach a.d.F.
Schlaitdrof	Gemeindeverwaltung Schlaitdrof	Schlaitdrof
Unterensingen	Gemeindeverwaltung Unterensingen	Unterensingen
Weilheim a.d. Teck	Stadtverwaltung Weilheim a.d. Teck	Weilheim a.d. Teck
Wendlingen a.N.	Stadtverwaltung Wendlingen a.N.	Wendlingen a.N.
Wernau (Neckar)	Stadtverwaltung Wernau (Neckar)	Wernau (Neckar)
Wolfschlugen	Gemeindeverwaltung Wolfschlugen	Wolfschlugen

Esslingen a.N., den 08.04.2020



Heinz Eininger
Landrat